



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
7. Sitzung des Ausschusses für Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.02.2024	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:45 Uhr	
Sitzungsort:	SeniorInnenEinrichtung Solmitzstraße, Solmitzstraße 47, 23569 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Sandra Odendahl - SPD & FW	Vertretung für: Frau Renate Prüß	
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		
Helmut Müller-Lornsen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Gregor Voht - SPD & FW		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Katrin Funk - Unabhängige Volt-PARTEI		
Nil Gersdorf - CDU		
Gabriele Gröschl-Bahr - SPD & FW		
Rainer Holtz - AfD		
Delf Kröger - CDU		
Max Manegold - FDP		
Daniela Schindler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Beiratsmitglieder		
Christian Rettberg - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Manfred Bergmann - Beirat für Senior:innen		
Dr. Renate Schleker - Beirat für Senior:innen		
Verwaltung		
Katrin Boccius -	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr	
Karin Claus - Soziale Sicherung	bis TOP 4.2 ; 19.30 Uhr	
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	bis TOP 4.1; 18.00 Uhr	

Bianca Hartfuß - 2.000.1 Stabsstelle Sonderaufgaben	nur öffentlicher Teil
Beate Herrmann - 2.502 Personalrat SIE	nur öffentlicher Teil
Ulrich Kewitz - 2.500 Soziale Sicherung	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Sabine Klawitter - Personalrat SIE	nur öffentlicher Teil
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Ralf Kuschmierz - 2.020 FBC	
Gert Wadehn - Senioreneinrichtungen 2.502 SeniorInnen-Einrichtungen	nur öffentlicher Teil
Protokollführung	
Gitte Timmermann - Soziale Sicherung	
Gäste	
Dirk Gerdes - KWL GmbH	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Sabine Heußel - Drees & Sommer	bis TOP 4.2; 19.30 Uhr
Jana Meyer - KWL Lübeck	bis TOP 4.2, 19.30 Uhr
-	
-	
Entschuldigte Mitglieder	
Vorsitz	
Renate Prüß - SPD & FW	- entschuldigt -
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Judith Bach - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage AM Voht: Befragung zu Long-Covid und Post-Covid	
3.2	Anfrage AM Siegenbrink: Sachstand zum Senior:innentreff St.-Lorenz-Süd	
3.3	Anfrage von AM Müller-Lornsen: Rückmeldung zum Projekt "Knappe-Kassen"	
4	Berichte	
4.1	Strategische Neuausrichtung der städtischen Senior:Innen-Einrichtungen SIE - Weiterentwicklung, Anpassungen und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit	VO/2024/12936
4.2	Machbarkeitsstudien SIE LÜBECK	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE)	VO/2023/12446
5.2	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2022	VO/2024/12882
5.3	Beauftragung der Planung einer Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich der Neuen Mitte Moisling	VO/2024/12943
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461
7.2	AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!	VO/2023/12461-01
7.3	AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931

7.4	AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut	VO/2024/12931-01
7.5	Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck	VO/2024/12960
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die stellvertretende Vorsitzende Frau Odendahl begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Heußel von Drees & Sommer, Frau Meyer und Herrn Gerdes von der KWL sowie die Vertreterinnen des Personalrates der SIE und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Die stellvertretende Vorsitzende entschuldigt die Vorsitzende Frau Prüß, die erkrankt ist.

Die stellvertretende Vorsitzende erfragt, ob es Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Frau Gröschl-Bahr beantragt, die TOP 7.1 und 7.2 zu vertagen, um zum Zeitpunkt der Beratung auch noch Erfahrungswerte anderer Kommunen mit einer kommunalen Mieter:innenberatung heranziehen und ggf. sogar jemanden von einer dieser Kommunen dazu einladen zu können.

Frau Akyurt spricht sich gegen eine Vertagung der TOP 7.1 und 7.2 aus, da hier zunächst erst einmal ein Prüfbericht gewünscht ist, damit dieses in die Entscheidung einfließen kann.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.
Die Vertagung wird mit 5 –Ja-Stimmen, 9- Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Herr Voht beantragt die Vertagung der TOP 7.3 und erinnert an die letzte Sitzung. Da wurden auch Punkte zurückgestellt, die im Zusammenhang mit dem fertigen Armuts- und Sozialbericht wieder auf die Tagesordnung kommen werden und so ist dieser Antrag auch einzuordnen. Dieser würde ebenfalls wieder aufzurufen sein, wenn der Armuts- und Sozialbericht vorliegen würde.

Frau Siegenbrink spricht sich gegen eine Vertagung des TOP 7.3 aus, da hier eine aktuelle Bedrohung der Schließung vom „Salut“ besteht und geprüft werden soll, welche möglichen nichtmonetären Unterstützungen denkbar wären.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.
Die Vertagung wird mit 5 –Ja-Stimmen, 9- Nein-Stimmen und keiner Enthaltung abgelehnt.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 10 bis 14 en bloc abstimmen: Der Ausschuss beschließt einstimmig die Zuordnung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Teilnahme von Herrn Kuschmierz und Frau Timmermann von der Verwaltung im nichtöffentlichen Teil.

Abschließend lässt die Vorsitzende über die Tagesordnung abstimmen.
Der Ausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Anfrage AM Voht: Befragung zu Long-Covid und Post-Covid

Herr Voht verweist auf die Sitzung des Ausschusses vom 11.10.23 und der dortigen Ankündigung unter TOP 3.12, dass eine Befragung zum Status der Betroffenen bei Long-/ und Post-Covid erfolgen wird.

Hierzu möchte er wissen, ob in diesem Zusammenhang auch Kontakte zu Patienteninitiativen gibt und ob auch der Status „nicht genesen“ hierbei erfasst wird. Hierzu bittet er in einer kommenden Sitzung um eine mündliche Antwort.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.2 Anfrage AM Siegenbrink: Sachstand zum Senior:innentreff St.-Lorenz-Süd

Frau Siegenbrink bittet zu dem TOP 3.3.9 aus der Sitzung vom 07.11.2023 um eine Sachstandsinformation.

Frau Claus erläutert, dass gerade eine Ausschreibung mit der Vergabestelle der Hansestadt Lübeck (Entwurf des Preisblattes und Leistungsblattes ugd.) vorbereitet wird

Frau Siegenbrink möchte zudem wissen, ob und wie dann noch eine Beteiligung der Betroffenen erfolgen kann.

Hier zu erläutert Frau Senatorin Steinrücke, dass eine Beteiligung der Betroffenen im Vorfeld zur Ausschreibung jetzt zu einer zeitlichen Verzögerung führen würde.

Frau Akyurt möchte wissen, warum eine Ausschreibung erforderlich ist.

Frau Claus erklärt, dass aufgrund der zu erwartenden Kosten eine Ausschreibung gesetzlich vorgeschrieben ist.

Frau Siegenbrink stellt noch einmal dar, dass die Idee des Antrages war, zuerst mit den Betroffenen ins Gespräch zu gehen und dann erst auf eine Ausschreibung hinzuarbeiten.

Frau Akyurt bittet, diesen Punkt für die kommende Sitzung aufzuarbeiten, um ggf. noch nachbessern zu können.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Anfrage von AM Müller-Lornsen: Rückmeldung zum Projekt "Knappe-Kassen"

Herr Müller-Lornsen verweist auf den TOP 3.6 der Sitzung vom 5.12.2023, wonach noch zu berichten ist, ob eine Verstetigung des Projektes „Knappe Kassen“ erfolgen kann.

Eine Beantwortung wird zugesagt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Strategische Neuausrichtung der städtischen Senior:InnenEinrichtungen SIE - Weiterentwicklung, Anpassungen und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und berichtet von der intensiven Arbeit um weiterhin die beschlossenen 20 % Marktanteil der prognostiziert benötigten Pflegeplätze seitens der SIE zu erreichen.

Sie hofft, mit der folgenden Darstellung die größtmögliche Transparenz erreicht zu haben.

Herr Wadehn erläutert anhand der Power Point Präsentation die Strategische Neuausrichtung der SIE. Er nimmt hierbei Bezug auf die Standorte Am Behnckenhof, Heiligen-Geist-Hospital und die Objekte der ehemaligen Stiftung „Vereinigte Testamente“ sowie den geplanten Neubau in der Neuen Mitte Moising.

Frau Akyurt bedankt sich für den Vortrag, bedauert aber auch die zeitliche Verzögerung. Sie erklärt für die CDU, dass erreicht werden soll, dass alle Bedarfe der Lübecker Bevölkerung gedeckt sein sollen und dazu gehören die Neubauten von Einrichtungen. Sie möchte noch einmal dargestellt haben, wieso es zu einer Verdoppelung gekommen ist.

Zudem soll durch die Neubauten die SIE zukunftssicher aufgestellt werden, aber dazu erfragt sie, wie sich das bei der Annahme von 140 Plätzen auswirken wird. Außerdem möchte sie wissen, wann die Darstellungen mit den wirtschaftlichen Faktoren vorgestellt werde und wieso in Zusammenhang mit dem HGH immer sofort von einem Verlustgeschäft gesprochen wird.

Frau Senatorin Steinrücke betont noch einmal, dass man das Ziel von 20 % Marktanteil zu halten bemüht ist und auch nur das Gegenstand des Beschlusses war, und nicht etwa die Platzzahlen.

Sie weist auch noch einmal darauf hin, dass kleine Einheiten bis zu 100 Plätzen am Ende nicht mehr wirtschaftlich geführt werden können, was man ja auch bei Mitbietern feststellen kann, denn kleinere Einrichtungen schließen aus wirtschaftlichen Gründen.

Frau Akyurt stellt fest, dass es nun einen Bericht gibt, wie sich die SIE das vorstellt, aber wie sich das konkret in Zahlen auswirkt, ist nicht dargestellt worden.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die konkreten Zahlen vorgelegt werden, wenn es konkrete Konzepte gibt und dieses erfolgt natürlich im Rahmen einer Beschlussvorlage. Diese liegen bislang noch nicht vor.

Herr Müller-Lornsen erfragt noch einmal die Bettenzahl am Standort Am Behnckenhof mit 139 EZ und/oder 10 % Doppelzimmer sowie HGH, wo nach dem Rückbau des Fluchtturms weitere 3 Plätze hinzukommen müssten. Außerdem beantragt er für Herrn Schmidt von der Angehörigen-Initiative das Rederecht.

Herr Wadehn erklärt, dass am Standort Am Behnckenhof die Fragen der Einzel- und Doppelzimmer noch nicht abschließend abgestimmt wurde und diesen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht Gegenstand der Gespräche ist.

Zudem erinnert er daran, dass mit der Beschlussvorlage für den Standort HGH exakt 77 Plätze festgelegt wurden.

Herr Voht verweist noch einmal auf das Jahr 2012, in dem der Ausschuss diese richtungsweisenden Beschlüsse hätte fassen können, aber zu dem Zeitpunkt war der Wille im Rahmen der Kommunalen Daseinsvorsorge ausreichend Pflegeplätze bereitzustellen, noch nicht gefasst worden. Umso besser ist es nun, dass jetzt begonnen werden kann. Er lobt die gute Vorbereitung der einzelnen Schritte und verweist nochmals auf die damalige Tabelle. Nach der damaligen Darstellung wären die 20 % Marktanteil nicht erreicht worden und zudem ist inzwischen noch der Standort Schönböckener Straße ersatzlos gestrichen worden.

Auch der Standort Am Behnckenhof sollte damals nicht weiter fortgeführt werden. Er lobt in diesem Zusammenhang die Initiative von AM Müller, der die Verlängerung des Mietvertrages Am Behnckenhof ins Gespräch gebracht hatte.

Herr Voht erklärt, dass er die positive Botschaft in dem Bericht sieht und dass das Ziel 2030 erreicht werden kann. Er bittet in dem Bericht die Bezeichnung „Ambulante Pflege“ in „Betreutes Wohnen“ zu korrigieren, da man als Kommune doch nicht auf dem Gebiet der ambulanten Pflege tätig sein will.

Er stellt fest, dass mit dieser Ausrichtung und den Neubauten die SIE ein attraktiver und moderner Arbeitgeber wird, was bei der Neugewinnung von Arbeitskräften nicht zu unterschätzen ist.

Zur Finanzierungsstrategie bemerkt Herr Voht, ein ungutes Gefühl zu haben – nicht bezogen auf die HL, sondern viele mehr generell in Deutschland. Die Pflegekosten sind zu hoch und macht es kleineren Unternehmen unmöglich, hier wirtschaftlich die Dienste anzubieten.

Er erinnert in diesem Zusammenhang an den vom Ausschuss für Soziales verfassten Appell an Land und Bund, sich an den enormen Kosten zu beteiligen.

Abschließend findet er den Hinweis auf die Pflegefachschule spannend und erbittet hier einen Austausch.

Herr Voht stellt den Antrag, ab 2025 vierteljährlich regelmäßige Sitzungen des Ausschusses für Soziales als Werkausschuss zur SIE festzulegen.

(Anmerkung der Protokollführung: Der Antrag sollte nach der Beratung bei TOP 4.1 zur Abstimmung gegeben werden, wurde aber erst bei TOP 4.2 verlesen und zur Abstimmung gebracht.)

Herr Müller lobt den Ansatz und stellt fest, dass mit 1000 Plätzen der Marktanteil in Höhe von 20 % erfüllt wird.

Frau Gröschl-Bahr erklärt, dass bei dem Wunsch der CDU, dass aller bedürftigen Lübeck:innen einen Platz bekommen sollen, auch die Demografie nicht unbeachtet bleiben darf und auch wenn Heime geschlossen werden, wie z.B. DRK, dann keine neuen Heime als Ersatz hinzukommen.

Sie lobt zudem, dass die Kolleg:innen des Personalrates SIE einbezogen wurden.

Herr Kröger erfragt noch einmal, welcher Marktanteil bei der alten Tabelle erreicht wurde.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die Tabelle aus 2022 das Ziel 20 % Marktanteil nicht erreicht hatte, aber bereits als Wunsch/Bedarf formuliert war. Die jetzige Tabelle hat diese mit Hilfe der Risikoanalyse erreicht.

Frau Siegenbrink stellt gegenüber; dass aus 7 Neubauten jetzt 4 Neubauten geworden sind und erfragt die Auswirkung auf das Investitionsvolumen. Vorher hat man 117 Mio geplant und möchte wissen, wo man jetzt liegt und was davon ist bereits verbraucht wurde. Außerdem erfragt sie, was mit dem Standort Prassekstraße ist und ob man sich die Umzüge ähnlich wie bei HGH mit freigehaltenen Plätzen vorstellen kann.

Sie stellt weiterhin fest, dass für die Elswigstraße ein Umzug in 2025 geplant war, der nun für 2031 geplant ist und bittet hierzu um Erläuterung.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass in Bezug auf die Elswigstraße die erste Annahme zu optimistisch war und jetzt durch die Machbarkeitsstudie korrigiert wurde.

Die Prassekstraße war fehlerhaft eingepflegt worden - die bleibt so im Bestand.

Während der Bau- und Umzugsphase ist man an Verträge gebunden und wird in diese Zeit mit der Freihaltung von Plätzen an anderen Standorte und/oder auch mit z. B. dem Standort Schwartauer Allee überbrücken.

Aber auch dieser Standort ist noch nicht abschließend fertig beplant, es wird im Rahmen des weiteren Verlaufes regelmäßige Anpassungen geben.

Frau Gersdorf betont, dass sich die CDU für alle Standorte einsetzt und nicht nur für das HGH und bekräftigt den Wunsch der CDU, dass die Zahlen als genaue Schätzung mitgeteilt werden, weil selbstverständlich die tatsächlichen Zahlen noch nicht vorliegen können.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass die aktuellen Zahlen mit der Pflegebedarfsplanung dargestellt werden können und stellt dieses in Aussicht.

Sie bedankt sich bei dem Ausschuss für die gemeinsame Haltung und die Aufnahme der Aufgabe.

Frau Akyurt bedankt sich für die Nachlieferung der Zahlen, bittet aber dennoch, dieses künftig gleich in den Bericht mit aufzunehmen.

Herr Manegold erfragt, was passieren wird, wenn der Standort Am Behnckenhof nicht verlängert wird und z.B. der Standort Schwartauer Allee nicht kommt.

Hierzu erklärt Frau Senatorin Steinrücke, dass zunächst auch die Beschlüsse abzuwarten sind. Der jetzt vorgelegte Zeitplan wurde transparent dargestellt, wird aber laufend angepasst werden müssen.

Beim Standort Am Behnckenhof ist festzustellen, dass der Eigentümer sich bewegt und man dort auf einem guten Weg ist, berichtet Frau Senatorin Steinrücke.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt den Ausschuss über das Rederecht von Herrn Schmidt und Frau Dr. Probst abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, das Rederecht zu erteilen.

Herr Schmidt von der Angehörigen-Initiative äußert das Gefühl, dass alle an einem Strang ziehen, stellt dar, dass man sich nicht als Gegner sehen sollte, sondern bietet auch die Hilfe an. Er berichtet noch einmal von den örtlichen Gegebenheiten im HGH (Fluchtturm) und stellt noch einmal dar, dass die Erhaltung des HGH in jedem Fall Kosten verursacht, egal welcher späteren Nutzung das Gebäude zugeführt wird.

Frau Probst lobt, dass die Stadt Pflegeplätze schaffen will und hier auch insbesondere die quartiersbezogene Ausrichtung im Focus steht. Der Fachkräftemangel ist auch bei den niedergelassenen Hausärzten zu beobachten und damit wird es auch immer schwieriger, erforderliche Hausbesuche zu gewährleisten.

Frau Dr. Schleker dankt für die ausführliche Darstellung, teilt die Unterstützung des Beirates für Senior:innen mit und lobt besonders den Ansatz, die Einrichtungen an den alten Standorten zu belassen. Sie bittet die Boomer-Generation und die vielen Single-Haushalte nicht zu vergessen und erklärt, dass es auch viele Zuzüge aus Süddeutschland gibt. Dieses alles zusammen wird einen viel höheren Bedarf an Plätzen vermuten lassen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Beschluss:

Zwischenevaluierung der strategischen Neuausrichtung der SIE (VO/2022/1154) – Anpassung und Bericht nach 12 Monaten Betriebstätigkeit

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Machbarkeitsstudien SIE LÜBECK

Frau Senatorin Steinrücke führt in das Thema ein und übergibt an Frau Heußel von Drees & Sommer, die anhand einer Power Point Präsentation die Machbarkeitsstudie vorstellt.

Im Anschluss an die Vorstellung der Machbarkeitsstudie erfragt Frau Akyurt, wie nun das Verfahren weitergehen wird.

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass mit der Vorstellung der Studie sozusagen die 1. Lesung erfolgt ist und sich nun verschiedene Aufträge für die Verwaltung daraus ergeben.

Sie erklärt, dass noch weitere Vorlagen für die Standorte Am Behnckenhof, Schwartauer Alle und Neue Mitte Moisling geplant sind, die dem Ausschuss zu Entscheidung vorgelegt werden.

Die Verwaltung arbeitet jetzt anhand der Studie verschiedene Fragestellungen aus und beginnt mit der Prüfung verschiedener Einzelschritte, wie B. Vergabe von gutachterlichen Aufträge (Bodengutachten).

Herr Voht bedankt sich für die Präsentation und freut sich über die Entscheidung für die Zukunft der SIE. Er sieht es jetzt so, dass nun operative Entscheidungen bevorstehen und die sollten auch im operativen Bereich laufen. Er sieht es als ausreichend an, wenn die Politik regelmäßig informiert wird.

Frau Senatorin Steinrücke sagt zu, dass Beschlüsse von der Verwaltung vorbereitet werden, sofern die durch die Politik zu fassen sind.

Herr Müller erfragt detailliert zu der Vorstellung in der Studie, was gemacht werden kann, wenn die Geschoßflächenzahlen nicht erreicht würde, wie im Beispiel Dornbreite. Frau Heußel antwortet, dass erfolgt, in dem man die die Fläche reduziert, d.h. kleiner mit wenigen Plätzen bauen.

Frau Akyurt bittet hierzu die Zahlen bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachzureichen

Frau Senatorin Steinrücke erläutert, dass man anhand der Pflegebedarfsplanung die Analyse vornehmen wird und die Zahlen zur nächsten Sitzung bereithalten wird, aber das wird nicht bis zu Sitzung des Hauptausschusses vorgelegt werden können.

Frau Claus bestätigt, das sich die Pflegebedürftigkeit in Lübeck im stationären Kontext bis zum Jahr 2040 nach der Prognose um ca. 20 % erhöhen wird.

Frau Akyurt bittet darum, dieses und auch die Zahlen zu den Kosten von Herrn Wadehn schriftlich zu bekommen.

Herr Wadehn erklärt, dass es noch keine konkreten Projektkosten gibt, die mitgeteilt werden könnten. Zudem unterliegen viele Kosten auch den Verhandlungen mit den Pflegekassen, deren Ausgang unbestimmt ist. Es könnten lediglich statistische Zahlen geliefert werden.

Frau Steinrücke erklärt, dass grobe Schätzungen bis zum Hauptausschuss vorgelegt werden können.

Frau Siegenbrink bekräftigt den Wunsch nach den Zahlen, weil die Zahlen von damals inzwischen ja genauer sein dürften, wäre die Vorlage bis zur Sitzung des Hauptausschusses sehr gut.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Die stellvertretende Vorsitzende ruft noch einmal zur Abstimmung über den Antrag von AM Voht bei TOP 4.1 auf und verliest den Antrag:

„Der Ausschuss für Soziales führt vierteljährlich Sitzungen als Werkausschuss SIE zusätzlich ab 2025 durch.“

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Die stellvertretende Vorsitzende schlägt eine 10 Minuten Pause von 19:20 Uhr bis 19.30 Uhr vor.

Nach der Pause schlägt die stellvertretende Vorsitzende vor, die TOP 5.1 bis 5.3 noch abschließend zu beraten und die TOP 7.1 bis 7.5 auf die kommende Sitzung im März zu vertragen.

Frau Siegenbrink spricht ebenfalls dafür aus, bittet aber dann die TOP 7.1 bis 7.5. zu Beginn der Sitzung im März zu beraten, damit nicht eine weitere Vertagung droht.

Der Ausschuss beschließt einstimmig die Vertragung der TOP 7.1 bis 7.5 in die März-Sitzung.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen (Eigenbetriebsähnliche Einrichtung - EäE) Vorlage: VO/2023/12446**

Herr Wadehn erläutert den Wirtschaftsplan.

Es werden im Diskussionsverlauf die Personalkostendifferenz zwischen den geplanten Personalkosten und den tatsächlichen Personalkosten angesprochen. Herr Wadehn erläutert, dass zum einen die tariflichen Entwicklungen nicht bekannt waren, dann Stellen auch aus Krankheitsgründen oder wegen langer Stellenbesetzungsverfahren unbesetzt sind und somit keine Kosten anfallen. Weiterhin wird mit Leiharbeiter:innen der Betrieb aufrechterhalten, die dann aber bei den Sachkosten zu verbuchen sind.

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmt. Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2024 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck (eigenbetriebsähnliche Einrichtung) wird in der Fassung der Anlage 2 des Wirtschaftsplanes festgelegt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.2 Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2022
Vorlage: VO/2024/12882

Die stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.
 Der Ausschuss beschließt einstimmig.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2022 wird mit einer Bilanzsumme von € 7.213.051,65, einem Jahresfehlbetrag von € 2.343.249,10 und einem Bilanzverlust von € 2.331.992,49 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust 2022 in Höhe von € 2.331.992,49 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 5.3 Beauftragung der Planung einer Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich

der Neuen Mitte Moisling
Vorlage: VO/2024/12943

Frau Akyurt erfragt, welche Auswirkung dieser Beschluss nun hat.

Frau Senatorin Steinrücke erklärt, dass es sich hierbei um einen Grundsatzbeschluss handelt, der erforderlich ist, um einen Planungsstart zu haben.

Frau Hartfuß ergänzt, dass damit dann z.B. ein Baugrundgutachten beauftragt werden könnte.

Frau Akyurt schlägt vor, die ungefähren Kosten z.B. bei der KWL zu erfragen und dieses bis zur Sitzung des Hauptausschusses nachzureichen.

Die Stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen

Der Ausschuss beschließt einstimmig.

a

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen für eine vollstationäre Pflegeeinrichtung für Senior:innen im Bereich der Neuen Mitte Moisling aufzustellen und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Soziales empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gem. Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461

vertagt

Beschluss:

Der Bürgermeister möge bis zur Haushaltssitzung im September 2023 berichten, welchen Umfang an Personalstellen und Sachmitteln es bedarf, um eine städtische Mieter:innenbera-

tungsstelle zu schaffen. Eine Tandem-Lösung aus Verwaltung und einem externen Träger, ähnlich der Koordinierungsstelle Ehrenamt, ist als Variante vorzuschlagen. Zielsetzung soll eine kostenlose Beratung zu allen Fragen rund um das Wohnraummietrecht sein, sowie Unterstützung bei der Suche nach anwaltlicher Beratung in Sachen des Mietrechts. Die Beratung soll beispielsweise folgende Themen umfassen:

- Mieterhöhung / Mietpreis
- Betriebskosten / Heizkosten
- Kautions
- Kündigungen
- Schönheitsreparaturen
- Konflikte zwischen Mieter:innen und Vermieter:innen
- Rechte und Pflichten von Mieter:innen und Vermieter:innen
- Spezielle Beratung für junge Mieter:innen unter 26 Jahren mit deren spezifischen Bedarfen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.2 AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): ÄA zu VO/2023/12461 Antrag der Fraktion SPD&FW: Mieterschutz stärken - kommunale Mieter:innenberatungsstellen schaffen!
Vorlage: VO/2023/12461-01**

vertagt

Beschluss:

Die Verwaltung möge in der Sozialausschusssitzung im März 2024 berichten, welche Beratungsstellen im Bereich Mietrecht in Lübeck aktiv sind und wie diese ausgelastet sind bzw. welcher Mietrechtsberatungsbedarf noch zusätzlich besteht und bisher nicht gedeckt werden kann.

Bis zur Sozialausschusssitzung im Juni 2024 ist darüber hinaus ein Konzept vorzulegen, wie die vorhandenen Angebote den Bürgerinnen und Bürgern zugänglicher gemacht werden können und Menschen, die Unterstützung brauchen, diese schneller finden können. Dabei ist insbesondere auf die Möglichkeiten einzugehen, mehr Beratungsangebote in die Quartiere zu verlagern. Sollten sich zusätzliche Bedarfe ergeben, die bisher nicht gedeckt werden können, ist in dem Konzept aufzuzeigen, wie diese zusätzlichen Beratungsbedarfe erfüllt werden können. Hierbei ist vorrangig zu berichten, wie Beratungen zum Wohnraummietrecht in die bestehenden Strukturen der sozialen Sicherung unter Beteiligung der vorhandenen Stadtteilbüros integriert werden könnten. Es ist zu prüfen, ob solche Beratungen ohne zusätzlichen

Personaleinsatz durch Umschichtung bestehender Beratungsangebote oder durch andere Umschichtungen organisiert werden könnten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.3 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931**

vertagt

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das Salut (finanziell) unterstützt werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden. Das Salut ist bereits von der Schließung bedroht, sodass Eile geboten ist und bereits in der März-Sitzung erste Ergebnisse erwartet werden. Zu dieser Sitzung sollen die Betreiberin des Begegnungstreffs zur Vorstellung der Einrichtung und der aktuellen Situation eingeladen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.4 AM Andreas Müller (LINKE): Änderungsantrag zu VO/2024/12931 AM Mandy Siegenbrink (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), Max Manegold (FDP): Unterstützung für den Begegnungstreff Salut
Vorlage: VO/2024/12931-01**

vertagt

Beschluss:

Der Antrag VO/2024/12931 wird folgendermaßen geändert:

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob und ggf. wie das „Salut“ finanziell zu unterstützen werden kann, insbesondere soll dabei auf die Möglichkeit eines Budgetvertrages und Möglichkeiten zur Gegenfinanzierung eingegangen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

**zu 7.5 Dringlichkeitsantrag des AM Andreas Müller (LINKE): Keine Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in Schleswig-Holstein / Lübeck
Vorlage: VO/2024/12960**

vertagt

Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt:

Der Bürgermeister Jan Lindenau setzt sich gemeinsam mit Frau Steinrücke, Senatorin für Wirtschaft und Soziales, auf Landesebene dafür ein, dass Schleswig-Holstein auf die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete verzichtet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Die stellvertretende Vorsitzende schließt um 19:42 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:43 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Lübeck, den 13. Mai 2024

Frau Sandra Odendahl
Vorsitzende/r

Gitte Timmermann
Protokollführung